

Änderungsantrag

der Fraktion der KPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der
Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Straf-
verfahrens und des Kostenrechts

- Nr. 530, 1138 der Drucksachen -

Der Bundestag wolle beschließen:

Der § 154a Absatz 3 der Strafprozeßordnung in der Fassung des
Gesetzes zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete
der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafver-
fahrens und des Kostenrechts — Nr. 1138 der Drucksachen — mit
dem Wortlaut:

„Von der Erhebung der öffentlichen Klage kann auch
abgesehen werden, wenn der Beschuldigte aus dem Gel-
tungsbereich dieses Bundesgesetzes ausgewiesen wird.“

wird gestrichen.

Bonn, den 26. Juli 1950

Fisch und Fraktion